

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 4/2020, 27. März 2020

**Liebe Bürger und Bürgerinnen,**

die Corona-Pandemie bringt derzeit tiefgreifende Veränderungen in das Leben der Menschen in ganz Europa. Zu den Auswirkungen auf das soziale Miteinander oder der unsicheren wirtschaftlichen Lage kommt die Ungewissheit, wie lange die getroffenen Maßnahmen notwendig sein werden.

Europa macht derzeit Erfahrungen, die wir seit Generationen nicht mehr gemacht haben. Diese Krise fordert alle Europäerinnen und Europäer. Eine Pandemie kennt keine zwischenstaatlichen Grenzen. Umso mehr wird deutlich, wie wichtig jetzt gesamteuropäische Koordination und Zusammenarbeit sind. Nationaler Egoismus hilft hier eben nicht. Im Gegenteil: er schadet massiv!

Am Donnerstag, dem 26. März hat das Europäische Parlament außerordentlich getagt. Erstmals sind wir Abgeordneten nicht gemeinsam an einem Ort zusammengekommen. Stattdessen haben wir die Beschlüsse digital gefasst. Die aktuelle Situation erfordert diese besonderen Maßnahmen. Aber wir sind handlungsfähig. Wir haben ein Paket verabschiedet, um den europäischen Staaten und den Menschen in der Krise zu helfen:

Mit einer Investitionsoffensive sollen die Mitgliedstaaten 37 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds erhalten, um die Folgen der Krise zu bewältigen.

Der EU-Solidaritätsfonds wurde für die Unterstützung bei Naturkatastrophen geschaffen. Nun wird er ausgeweitet auf Notfälle im Bereich der öffentlichen Gesundheit.

Europa muss jetzt zusammenstehen. Solidarität ist das Gebot der Stunde. Wir stehen erst am Beginn und können aus den aktuellen Erfahrungen, Strategien für die Zukunft entwickeln. Und das werden wir tun.

Ihre

INHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Ungarischer Ministerpräsident plant weitreichende Vollmachten für sich

Seite 2

- Maßnahmen der Europäischen Union im Kampf gegen das Coronavirus

**IMPRESSUM**

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Fabian Rothfuss

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 07940 59122
Fax: 07940 59144

info@evelyne-gebhardt.eu

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@ep.europa.eu

Evelyne Gebhardt: „Orbán's Pläne sind mehr als empörend“**Ungarischer Ministerpräsident plant Notstandsgesetzgebung mit weitreichenden Vollmachten**

„Viktor Orbán's Pläne, Ungarn zukünftig im Rahmen einer Notstandsgesetzgebung per Dekret regieren zu können, sind mehr als empörend“, kritisiert die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

„Sie sind ein weiterer Akt in einem bereits seit rund einem Jahrzehnt in Ungarn andauernden Prozess des Machtmissbrauchs, der Aufwei-

chung von demokratischer Kontrolle und Rechtsstaatlichkeit. Viktor Orbán möchte nun die Corona-Krise nutzen, um das Parlament zu entmachten, die Gewaltenteilung aufzuheben und sich selbst unbegrenzte Macht verschaffen.

Sollte Viktor Orbán seine Pläne umsetzen, so hat die Europäische Union bald eine Diktatur in ihren

Reihen. Diesen massiven Angriff auf die eigenen Grundwerte dürfen die europäischen Institutionen und die EU-Mitgliedstaaten nicht hinnehmen. Hier ist nun insbesondere Frau von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission gefragt.

Frau von der Leyens Nominierung als Kommissionspräsidentin war im



vergangenen Jahr im Europäischen Rat ein massives Zugeständnis an die osteuropäischen Regierungschefs wie Orbán. Er hat ihre Nominierung sehr befürwortet. Auch deshalb habe ich, wie viele andere Abgeordnete des Europäischen Parlaments, ihre Nominierung nicht unterstützt. Nun befinden wir uns in

einer Situation, in der wir hoffen müssen, dass sich unsere Bedenken aus dem Vorjahr bezüglich der ‚Kommissionspräsidentin von Orbáns Gnaden‘ nicht bewahrheiten, und die Europäische Kommission schnell und wirksam gegen dieses Vorhaben vorgeht und es verhindert.

Besonders beschämend ist, dass, die EVP, in der die deutschen Christdemokraten vertreten sind, sich am Montag im zuständigen Parlamentsausschuss gegen eine schnelle Reaktion auf den Vorgang ausgesprochen hat.“ ■

Maßnahmen der Europäischen Union im Kampf gegen das Coronavirus

Hilfe für Gesundheitssysteme in der EU:

Die EU-Kommission stellt sofort 45 Millionen Euro für Forschungsprojekte mit Bezug zu Corona bereit. Davon profitieren auch Unternehmen aus Baden-Württemberg, wie zum Beispiel „CureVac“.

Unter dem Programm „rescEU“ kauft die EU medizinische Ausrüstung, wie Tests, Masken und Beatmungsgeräte, für Krankenhäuser im Wert von 50-60 Millionen Euro (90% von Kommission und 10% von Mitgliedsstaaten). Diese sollen als strategische Reserve für den Notfall gelagert werden.

Ausweitung des EU-Solidaritätsfonds (bisher für Naturkatastrophen) auf Notfälle der öffentlichen Gesundheit. Damit können Mitgliedsstaaten zusätzliche Hilfgelder beantragen.

Letzte noch bestehende Exportbeschränkungen für Medizinprodukte in einigen EU-Staaten werden aufgehoben.

Die EU-Kommission schlägt für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen vor, das Forschungsprogramm „Horizon Europe“ mit weiteren 120 Milliarden Euro für die Zeit von 2021 bis 2027 zu fördern, um u.a. Impfstoffe gegen neuartige Viren zu erforschen.

Die EU-Kommission empfiehlt Strategien zur Testung von Personen, zur sozialen Distanzierung und zur Eindämmung des Virus und unterstützt die Mitgliedsstaaten.

Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmer und Stärkung der Wirtschaft:

Die EU-Kommission setzte nach Zustimmung der Mitgliedstaaten die EU-Defizitregeln („Maastricht-Kriterien“) für verschuldete Staaten aus, damit sich die Mitgliedsstaaten für Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie höher verschulden dürfen. Dies soll den Staaten Luft verschaffen, mit allen Mitteln gegen die schnelle Ausbreitung des Coronavirus vorzugehen und wirtschaftliche Folgeschäden zu vermeiden.

Großes Haushaltspaket (am 26. März im Europäischen Parlament verabschiedet):

37 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Krise. Diese sollen Bürgern und Bürgerinnen, die Einkommensschwierigkeiten haben, Unternehmen, deren Liquidität gefährdet ist und dem internationalen Handel zukommen, um möglichst sofort zu helfen. Auch die nationalen Gesundheitssysteme sollen mit dem Betrag unterstützt werden. 8 Milliarden Euro davon kommen von kohäsionspolitischen Programmen, bei denen einige Mittel zwischen 2014 und 2020 nicht zugewiesen wurden, 29 Milliarden aus Strukturmitteln für 2020.

Die Europäische Zentralbank versprach 750 Milliarden Euro für Anleiheankäufe im privaten und öffentlichen Sektor bis Ende 2020. Ferner schließt die EZB Ankäufe von Staatsanleihen nicht aus, um so Spekulation gegen einzelne Staaten zu verhindern.

Sollte ein Staat in eine finanzielle Notlage geraten, wird der Europäische Stabilitätsmechanismus für erweiterte Kreditlinien an Mitgliedstaaten eingesetzt, der 410 Milliarden Euro beinhaltet.

Maßnahmen für einen funktionierenden Binnenmarkt:

Das Ziel der EU-Kommission von maximal 15 Minuten Wartezeit pro Lieferfahrzeug an nationalen Grenzen beim Transport von wichtigen Gütern haben die betroffenen Mitgliedsstaaten umgesetzt. Zudem empfiehlt die Kommission, Warenlieferungen an der Grenze nicht zu kategorisieren und unterschiedlich zu priorisieren, um die Versorgung der Bevölkerung nicht zu gefährden. Wochenend- und Nachtfahrten sollten ermöglicht werden; die Papier-Bürokratie sollte an den Grenzen abgeschafft werden, wobei es weiterhin möglich sein sollte, an den Grenzen Fieber zu messen.

Aussetzung der Regeln zur Vergabe von Start- und Landeplätzen an Flughäfen, um „Geisterflüge“ zu verhindern.

Einreisebeschränkungen in die EU, um neue Virenherde zu verhindern. Rückholaktionen für gestrandete EU-Bürger und -Bürgerinnen.

Nach der Tagung per „Fernabstimmung“ am 26. März gibt es bis zur Sommerpause einen veränderten Sitzungsrythmus des Europäischen Parlaments mit einer zweitägigen Plenarsitzung pro Monat, um ggf. weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus zu treffen und die laufende Gesetzgebung fortzuführen. ■